

OE ES U
ÖSTERREICHISCHE STUDENTENUNION



UOG-REFORM

ÖSU:

Allgemeinpolitisches Mandat, oder das Recht und die Pflicht der ÖH, auch zu nicht rein studienspezifischen Fragen Stellung zu nehmen.

Wir tragen Mitverantwortung für die Zukunft. Und weil wir dieser Auffassung sind, betrachten wir die Universität nicht als gesellschaftlichen Schonraum oder als Jugendenklave, sondern als wichtigen Teil unserer Gesellschaft. Es gibt zweifelsohne eine starke Wechselbeziehung zwischen der Gesellschaft „draußen“ und der Universität „drinnen“; Gelder, die an die Universität gehen, müssen woanders eingespart werden. Deshalb sind wir auch keine „Lobbyisten“, die beinhaltet und ohne Rücksicht die Interessen ihrer Gruppe vertreten. Wir meinen, daß es nicht zu verantworten wäre, wenn finanzielle Besserstellungen für uns Studenten zu Lasten der Schwächeren in der Gesellschaft gingen, also auf Kosten der Arbeiter und kleinen Angestellten, des Kleingewerbes etc.

Wir tragen aber nicht nur Verantwortung gegenüber den anderen gesellschaftlichen Gruppen in Österreich, sondern wir tragen auch „internationale Verantwortung“. Und deshalb können wir zu vielen Vorgängen in Afrika oder Amerika usw. nicht einfach schwiegen. Vor allem aber glauben wir, daß es die Pflicht hochentwickelter Länder ist, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten weiterzugeben, und zwar nicht auf der Basis, neue Märkte in der Dritten Welt zu erschließen, sondern wir meinen, daß es hier einen Interessensausgleich geben muß und daß „knowledge-transfer“ immer noch besser ist als Kapitaltransfer. D. h. aber auch, daß wir unsere Universitäten möglichst weit für Bildungswillige, vor allem aus der Dritten Welt, öffnen müssen.

VSStÖ:

Sozialistische Hochschulpolitik orientiert sich sowohl an den Interessen der Studierenden, als auch an denen der Lohnabhängigen. Wir vom VSStÖ gehen grundsätzlich von der Überlegung aus, daß die technische Forschung beziehungsweise technische Entwicklung allen Menschen nützen soll. Dadurch, daß Wissenschaft und Technik immer mehr in das profitbringende System des Wirtschaftswachstums um jeden Preis eingeflochten werden, werden die oben genannten Voraussetzungen immer weniger erfüllt. Wir als Studenten und Staatsbürger haben genauso das allgemeine Wahlrecht wie gleichaltrige Nichtstudenten, und deshalb das Recht und sogar die Pflicht, uns zu außeruniversitären Vorgängen zu äußern!

DIE DRITTE WELT — AUCH UNSER PROBLEM!!

Die ÖH hat die Möglichkeit, engagierte Leute, die sich für die Dritte Welt einsetzen, finanziell und ideell zu unterstützen — sie sollte das auch weiterhin tun! Speziell in diesem Zusammenhang fordert der VSStÖ ein stärkeres Eintreten der ÖH für die sich im Befreiungskampf befindlichen Völker der sogenannten Dritten und Vierten Welt (Nicaragua, El Salvador).

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN GEWERKSCHAFTEN

Der VSStÖ ist für eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Als ein Beispiel von vielen soll hier die Berücksichtigung der Sicherheit am Arbeitsplatz bei der Planung von technischen Projekten dienen. Auch die sozialen und politischen Auswirkungen der fortschreitenden Technisierung können in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften besser erkannt und bewußter gemacht werden und bei der technischen Problemlösung besser berücksichtigt werden.

Das UOG (Universitätsorganisationsgesetz), das nun seit fast 6 Jahren in Kraft ist, brachte uns Studenten die Möglichkeit mitzureden und mitzuverwalten, entschieden jedoch wird in den meisten Fällen im Ministerium. Zudem stellen die Studenten in vielen Gremien nur ein Viertel der Mitglieder dar.

Daraus ergeben sich gleich vier wichtige Forderungen, die alle vier im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen gemeinsam vertreten:

1. Einführung der Drittelparität (d. h. gleich viele Professoren, Assistenten und Studenten) in allen Gremien, sowie die Wiedereinführung des Blockvetos; zwei Forderungen, die verstärkt den Minderheitenschutz zum Ziel haben.
2. Reduktion der Zahl der Mitglieder auf ca. 20 — 30 Personen. Diese Forderung setzt natürlich voraus, daß auch die Professoren ihre Vertreter in das Fakultätskollegium entsenden.
3. Um die Entscheidungen der Gremien transparenter für alle betroffenen zu machen ist es ferner notwendig, die Verschwiegenheitspflicht generell aufzuheben.
4. Eine Stärkung der Autonomie der Universitäten. Es liegt auf der Hand, daß ein UOG-Gremium im allgemeinen wesentlich schneller und problembezogener entscheiden kann, als eine zentrale bürokratische Stelle wie das Ministerium. Ganz besonders gilt das z. B. für Änderungen in den Studiengesetzen. Die Stellungnahme zur UOG-Reform wurde von allen im Hauptausschuß vertretenen Fraktionen gemeinsam ausgearbeitet und beschlossen.

BILDUNGSPOLITIK

Anhand einiger konkreter Beispiele von Kollegen, die naturwissenschaftliche Fächer studieren, ist uns aufgefallen, daß auf diesem Gebiet von einer Einheit der Wissenschaft keine Rede ist. Vielmehr herrscht hier eine Aufsplitterung sowohl räumlich als auch inhaltlich. Es ist eigentlich unverständlich, daß etwa Chemie oder Mathematik an mehreren, voneinander stark getrennten Instituten gelehrt werden.

Der Vorschlag des RFS wäre eine Zusammenlegung zu GROSSINSTITUTEN. Im ersten Studienabschnitt könnte die allgemeine Ausbildung dort und später die Spezialisierung an anderen Instituten erfolgen. Denn welcher Matu-

rant weiß schon, ob ihn mehr der theoretische oder der praktische Teil interessiert.

Ein weiterer Vorteil liegt in der Vereinfachung von Verwaltung und Finanzierung (z. B. gemeinsame Bibliotheken und Lehrmittel).

Außerdem wäre das Halbgottdasein mancher Institutsvorstände vorbei. Die Leitung des Institutes übernimmt ein Kollegium von gleichgestellten Professoren, womit sowohl Überlastung als auch menschliche Fehler reduziert werden. In der Institutskonferenz ist natürlich eine entsprechende Anzahl an Studenten vertreten, um der Mitbestimmung im Sinne der Hörer gerecht zu werden.



ten den Bezug zur Praxis kennen, gleichzeitig müssen sie aber die für die Praxis notwendige Selbständigkeit und Kooperation im Team erlernen und üben. Hier wollen wir also verstärkt einhaken, weil solche Veränderungen mit etwas gutem Willen auf Seiten der Hochschullehrer, aber auch auf Seiten der Studenten relativ einfach erzielbar wären. Und daß damit die Qualität unserer Studien gehoben würde, das steht schlechthin außer Zweifel.

Fachtutorium

Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich eine an sich recht einfache Idee: Studenten aus höheren Semestern helfen Kollegen am Beginn des Studiums in Übungen, Labors, Konstruktionsübungen etc. Damit diese Kollegen auch etwas von ihrem Engagement haben, soll ihnen ihre Mühe über ein anrechenbares Zeugnis entlohnt werden. Damit hätten wir zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: erstens entlasten wir die Hochschullehrer etwas, ohne daß das zusätzliche Kosten verursacht, und zweitens glauben wir, daß es nur von Vorteil für junge Kollegen sein kann, wenn sie sich mit ihren (fachlichen) Problemen an einen älteren Kollegen wenden können, weil man zu einem solchen eine ganz andere Einstellung hat als zu einem Assistenten oder Professor.

Auch hier könnten Änderungen durch rasches Handeln der Studienkommissionen in kurzer Frist eintreten.

Darüberhinaus soll grundsätzlich darauf gedrungen werden, daß Lehrveranstaltungsformen gewählt werden, die den Studenten möglichst aktiv in das Geschehen einbeziehen, mit einem Wort also: weg von der Vorlesung, wo es sinnvoll und möglich ist (bei 500 Hörern wird's natürlich problematisch).

Mit unseren Vorstellungen hinsichtlich mehr Selbständigkeit für den Studenten verbindet sich natürlich auch die Forderung nach einer Erweiterung des Fächerangebots im Wahlfachkatalog, vor allem im Hinblick auf die Einführung von Fächern, die eine **angepaßte Technologie** zum Inhalt haben. Darüber hinaus glauben wir, daß es sinnvoll und notwendig ist, auch **nichttechnische Fächer**, wie Sprachen, Wirtschaftsfächer, soziologische und philosophische Lehrveranstaltungen verstärkt anzurechnen. Übrigens, warum sollte man nicht neue Studienrichtungen einführen, wie z. B. **CHEMIE-WIRTSCHAFT** oder **ELEKTRO-TECHNIK-WIRTSCHAFT** (Energiewirtschaft)?

Und was uns noch besonders interessiert, das ist ein **DIPLOMARBEITEN-POOL**, hier nur einmal kurz angedeutet:

Es gibt eine Menge kleinerer Probleme in Wirtschaft und Technik, die einer wissenschaftlichen Bearbeitung bedürfen. Größere Betriebe haben entweder eine eigene Forschungsabteilung oder geben einen Forschungsauftrag weiter, kleineren und mittleren Betrieben ist dieser Weg jedoch zumeist versperrt. Dem könnte man durch eine zentrale Kontaktstelle an der TU Graz abhelfen, an die solche Betriebe ihre Probleme herantragen können und aus der Professoren, Assistenten und Studenten Themen für Projekte, Diplomarbeiten und Dissertationen entnehmen können. Vielleicht

könnte die Bundeswirtschaftskammer u. ä. dies auch finanziell unterstützen. Der Diplomarbeitenpool wäre ein weiterer Schritt in Richtung eines sinnvolleren und selbstverantworteten Studiums. Denn mündig werden kann nur der, dem Mündigkeit auch zuge-
traut wird, dann aber müssen wir auch die meisten Entscheidungen selber fällen!

Mit dieser Idee zusammen hängt auch unsere Vorstellung einer neuen Art der **BEGABTENFÖRDERUNG**. Anstatt wie bisher einfach nach dem Notenschnitt vorzugehen, und so nicht die Begabung, sondern den Fleiß fördern, erscheint es uns sinnvoller, die dafür aufgewendeten Mittel (in Österreich ca. 30 Millionen Schilling) einem Fond zur Verfügung zu stellen, der mit zusätzlichen Mitteln der Sozialpartner und der Parteien Hausarbeiten, Seminararbeiten, Projekte, Diplomarbeiten und Dissertationen unterstützt. Eine zentrale Kommission könnte die thematischen Schwerpunkte festlegen, die Vergabe sollte dann auf lokaler Ebene erfolgen. Die Themen sollten so gewählt werden, daß keine Überschneidung mit den Arbeitsbereichen eintritt, die von anderer Seite (Forschungsförderungsfonds etc.) bereits finanziell unterstützt werden.

Wir glauben, daß bundesweit mindestens drei- bis viertausend Arbeiten gefördert werden könnten und zwar mit einem anständigen Betrag, etwa bis zu S 15.000.—.

Soweit einige Kernpunkte unserer Vorstellungen für die Arbeit der nächsten zwei Jahre. Wieweit wir sie verwirklichen können, das wird nicht zuletzt daran liegen, wie stark die Studenten hinter der Hochschülerschaft stehen. Denn das Motto der ÖH lautet ja: **Stärker gemeinsam**. Zur Gemeinschaft gehört aber jeder Student, also auch DU!

Walter SATTLER
Bauingenieurwesen, 14. Semester
Architektur, 3. Semester
Prankergasse 41A, 8020 Graz



VSSTÖ:

Es geht einfach nicht an, daß ein Techniker auf Menschheit und Natur losgelassen wird, ohne sich über die Auswirkungen seiner Arbeit auf die Umwelt bewußt zu sein. Ein rein auf die Erringung von technischen Fähigkeiten aufgebautes Studium ist zuwenig!

ZUKÜNFTIGE WIRTSCHAFTSENTWICKLUNGEN BEDENKEN!

Eine umfassende und allseitige Ausbildung liegt nicht nur im Interesse der Studenten, sondern auch im Interesse der Arbeiter, die mit den Auswirkungen der neuen Technologien und den dahinterstehenden Profitinteressen direkt konfrontiert werden. Wir sind dafür, der **ERHALTUNG DER VOLLBESCHÄFTIGUNG** den Vorrang zu geben. Nur — die dazu notwendigen Technologien werden an unseren Universitäten mit ihrer Großtechnologischen Ausrüstung nicht vermittelt! Deshalb fordern wir neue Lehrpläne mit Vorlesungen und Forschung auf dem Gebiet von **ANGEPASSTEN TECHNOLOGIEN**, die

- a) arbeitsintensiv
- b) dezentral
- c) durchschaubar und überschaubar sind.

Eine zusätzliche Arbeit erwächst uns an der TU daraus, daß wir viele Ausländer, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt, haben.

Von den Problemen, die unsere ausländischen Kollegen betreffen, scheint uns die soziale Integration am schwierigsten zu lösen. Die Hauptschwierigkeit hierbei ist in dem beidseitigen Unverständnis der jeweils anderen Kultur gegenüber zu suchen.

Wir möchten hier als Lösungsmöglichkeit die Errichtung eines **RAHMENTUTORIUMS FÜR AUSLÄNDER** anbieten. Diese neue Hilfestellung — zusätzlich zum bestehenden Erstsemestrigentutorium — soll auf Verständnis unserer Kultur, unserer Umgangssprache und der Fachsprache hinwirken und durch Kontaktförderung mit in- und ausländischen Studenten in den Gruppen der „Gheftobildung“ vorbeugen.

Unsere weiteren Forderungen zu diesem Problemkomplex lauten:

- a) passives Wahlrecht für Ausländer
- b) mindestens 10% aller Studienplätze für Ausländer
- c) Gleichstellung mit inländischen Studenten bei der Vergabe von Freifahrtscheinen für öffentliche Verkehrsmittel.
- d) Reservierung von Heimplätzen für ausländische Studenten
- e) verstärktes Eingreifen des SWS in die Wohnprobleme der Ausländer.